

# Pressemitteilung

Nr. 39/17 vom 29.09.2017

Anzahl der Anschläge: 2.931  
Abrufbar unter: [www.gdw.de](http://www.gdw.de)

## Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation älterer Menschen muss zu einem Schwerpunkt des Koalitionsvertrages werden

### GdW zum Internationalen Tag der älteren Menschen am 1. Oktober 2017

**Berlin** – So lange wie möglich und bis ins hohe Alter selbstständig in den vertrauten vier Wänden leben – diesen Wunsch der großen Mehrheit der Bevölkerung will die Wohnungswirtschaft künftig deutlich stärker in der Politik verankert sehen. Zum bevorstehenden "Internationalen Tag der älteren Menschen" am 1. Oktober fordert Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, die Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation der älteren Menschen zu einem Schwerpunkt des künftigen Koalitionsvertrages zu machen.

„Die Wohnung muss angesichts des demografischen Wandels zunehmend zu einem Standort für Gesundheit und Pflege werden“, erklärte Gedaschko. „Die Wohnungswirtschaft arbeitet gemeinsam mit ihren Partnern intensiv daran, dass ältere Menschen länger, sicher und komfortabel in ihrer angestammten Umgebung leben können. Technische Assistenzsysteme sind der Schlüssel dafür, dass insbesondere gesundheitlich eingeschränkte Personen in ihren Wohnungen besser betreut werden können. Dazu gehört auch, das bestehende E-Health-Gesetz um weitere telemedizinische Leistungen zu ergänzen.“

Der GdW macht sich ebenfalls für technische Systeme stark: „Sie können zum einen dazu beitragen, Hilfs- und Pflegebedürftigkeit zu verhindern, zum anderen können sie auch bei durch Krankheit bereits eingeschränktem Lebensraum den Kontakt zur Umwelt aufrecht erhalten, Sicherheit vermitteln und so länger Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gewährleisten und somit einer Übersiedlung in ein Alten- oder Pflegeheim vorbeugen. Das erhöht nicht nur die Lebensqualität der Betroffenen und der Pflegenden, sondern erspart auch Kosten“, so der GdW-Chef.

Die Wohnungswirtschaft appelliert an die Politik, die dazu entwickelten Vorschläge der 7. Altenberichtscommission in den künftigen Koalitionsvertrag zu übernehmen. Danach sollen Bund und Länder ihre Förderprogramme für einen altersgerechten Umbau von Wohnungen und des Wohnumfeldes auf Dauer ausbauen und besonders auf Zuschüsse setzen. „Konkret muss der Bund das KfW-Programm ‚Altersgerecht Umbauen‘ jährlich weiter steigern und mittelfristig mit jährlich 100 Mio. Euro ausstatten“, so Gedaschko. Weiter empfiehlt der Altenbericht, dass die Assistenzsysteme so zu gestalten sind, dass ältere Menschen sie im Alltag nutzen können und auch wollen. Konkret müssten geeignete technische Assistenzsysteme in das Leistungsrecht der Kranken- und Pflegekassen aufgenommen und mit höheren Zuschüssen für förderfähige Hilfsmittel im Pflegehilfsmittelverzeichnis versehen werden. „Darüber hinaus brauchen wir eine Investitionsoffensive in den Neubau von Wohnungen, insbesondere im unteren und mittleren Preissegment. Neubauten seien langfristig der beste Schutz vor zu hohen Mieten“, erklärte Gedaschko.

Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften.